

Zusammenfassung

In der vorliegenden Dissertation werden verschiedene rechtliche Anforderungen und Folgen des öffentlich-rechtlichen Verwaltungshandelns in Form der kostenlosen Mitgliederberatung durch die Betriebsberatungsstellen der Handwerkskammern systematisiert und analysiert. Das Ziel der Untersuchung ist eine Einschätzung, ob die Mitgliederberatung im gegebenen öffentlich-rechtlichen Kontext zeitgemäß umgesetzt wird und welche Folgen oder Handlungsempfehlungen aus den gegebenen Voraussetzungen abzuleiten sind. Die Ergebnisse basieren auf Schlussfolgerungen aus dem untersuchten Beratungsumfeld und den damit verbundenen Rechtsgebieten. Am Beispiel des Serviceangebots *Wertermittlung* wird tiefer gehend untersucht, ob diese spezielle Leistung den rechtlichen Anforderungen an die Betriebsberatung entspricht. Ein wichtiger Teilaspekt ist dabei die Frage nach der Form des hoheitlichen Verwaltungshandelns und der Abgrenzung zum Wettbewerb mit freien Beratern und Gutachtern, die vergleichbare Leistungen anbieten. Den Rahmen bilden dabei die finanziellen und haushaltsrechtlichen Anforderungen aufgrund der ergänzenden Zuwendungen des Bundes und mancher Länder für diese Beratungsleistungen an die ansonsten durch Mitgliedsbeiträge finanzierten Handwerkskammern. Die Grenzen der Beratungstätigkeit werden anhand verschiedener rechtlicher Verbundbereiche weiter sondiert, wobei damit verbundene gemeinschafts-/unionsrechtliche Aspekte allerdings nicht betrachtet werden.

Als Resultat der Arbeit wird festgestellt, dass die Bewertung von betrieblichem Vermögen durch Betriebsberater eine ebenso wichtige wie erfolgreiche Maßnahme zur wirtschaftlichen Interessenvertretung der Mitgliedsbetriebe ist, diese hingegen im öffentlich-rechtlichen Kontext nicht hoheitlich basiert erfolgt. Dadurch laufen Handwerkskammern Gefahr, je nachdem, wie umfangreich der Bewertungsservice ausgestaltet wird, ihre Zuständigkeit wettbewerbsrelevant auszuweiten und mit Privaten in Konkurrenz zu treten. In Verbindung mit den aktuellen Änderungen bei der Besteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird abschließend gezeigt, dass eine noch zulässige Bewertung zwar keine Steuerpflicht auslöst, bei weitergehenden Beratungen und Bewertungen allerdings eine Besteuerung nach dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Steuergleichheit zum Tragen kommen muss.

Die Arbeit wurde nicht im dienstlichen Interesse erstellt.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	V
ZUSAMMENFASSUNG	VII
INHALTSVERZEICHNIS	IX
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XII
1 EINLEITUNG	1
1.1 PROBLEUMFELD	1
1.2 STAND DER FORSCHUNG	2
1.3 ZIELSETZUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG	4
2 GRUNDLEGUNG UND THEORETISCHE EINORDNUNG	7
2.1 HANDWERKSBETRIEBE INNERHALB DER KMU-DEFINITIONEN	7
2.2 AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS AUF DIE BEDEUTUNG DER UNTERNEHMENSNACHFOLGE IM HANDWERK	9
2.3 BEWERTUNGSZWANG AUFGRUND DER ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUER-REFORMEN	18
2.4. DIE MITGLIEDSUNTERNEHMEN UND IHRE WIRTSCHAFTSGÜTER ALS GEGENSTÄNDE EINER BEWERTUNG DURCH HANDWERKSKAMMERN	26
2.4.1 <i>Einleitung</i>	26
2.4.2 <i>Die drei zur Bewertung von Handwerksunternehmen einschlägigen Modelle</i>	28
2.4.2.1 <i>Einleitung</i>	28
2.4.2.2. <i>Der IDW S1 – Bewertungsgrundsätze des Instituts der Wirtschaftsprüfer</i>	29
2.4.2.3 <i>Das vereinfachte Ertragswertverfahren nach §§ 199 ff. BewG</i>	31
2.4.2.4 <i>Der AWH-Standard als organisationseigene Bewertungsmethode des Handwerks</i>	37
2.4.3 <i>Die Bewertung der Vermögenspositionen</i>	40
2.4.3.1 <i>Einleitung</i>	40
2.4.3.2 <i>Das Betriebsgrundstück als eigenes Bewertungsobjekt</i>	43
2.4.3.3 <i>Die beweglichen Anlagegüter als Gegenstände der Bewertung</i>	50
2.5 ZUSAMMENFASSUNG	51
3 DIE HANDWERKSKAMMER ALS BERATUNGSSTELLE	55
3.1 HANDWERKSKAMMERN ALS SELBSTVERWALTUNGSKÖRPERSCHAFTEN	55
3.2 DIE PFLICHTMITGLIEDSCHAFT IN DER HANDWERKSKAMMER	56
3.3 DIE AUFGABEN DER HANDWERKSKAMMER	61
3.3.1 <i>Mitgliederberatung gem. § 91 Abs. 1 Nr. 9 HwO</i>	62
3.3.1.1 <i>Abgrenzung: Interessenvertretung gem. §§ 90, 91 Abs. 1 Nr. 1 HwO</i>	62
3.3.1.2 <i>Erstattung von Kammergutachten gem. § 91 Abs. 1 Nr. 2 HwO</i>	64
3.3.1.3 <i>Die Notwendigkeit der Mitgliederberatung</i>	65
3.3.1.4 <i>Betriebsberatungsstellen</i>	68
3.3.1.5 <i>Bewertungsaufgaben als wesentliche Teilaufgabe der Betriebsberatung</i>	70

3.3.1.6 Zusammenfassung	77
3.3.2 <i>Verfahrensrechtliche Einordnung der Beratungstätigkeit von Handwerkskammern</i>	79
3.3.2.1 Das hoheitliche Verwaltungshandeln	79
3.3.2.2 Das schlicht-hoheitliche Verwaltungshandeln	81
3.3.2.3 Abgrenzung von Verwaltungsakt und Realakt	83
3.3.2.4 Abgrenzung zwischen öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Sphäre	85
3.3.2.5 Das verwaltungsrechtliche Schuldverhältnis	87
3.3.2.6 Zusammenfassung	91
3.3.3 <i>Rechtliche Grenzen der Interessenvertretung und Beratungstätigkeit</i>	92
3.3.3.1 Ausgangspunkt: Grenzen der Interessenvertretung und Staatsberatung	93
3.3.3.2 Zulässigkeit und Grenzen der Mitgliederberatung	97
3.3.3.2.1 Die Betriebsberatung der Handwerkskammern in der Rechtsprechung	98
3.3.3.2.2 Das Drei-Stufen-Modell der Betriebsberatung durch Handwerkskammern	104
3.3.3.2.3 Verfassungsrechtliche (wettbewerbsfreiheitliche) und lauterkeitsrechtliche Vorgaben und Grenzen	106
3.3.3.2.3.1. <i>Wettbewerb</i>	106
3.3.3.2.3.2. <i>Wettbewerbsfreiheit in der Verfassung</i>	108
3.3.3.2.3.3. <i>Bedeutung des Lauterkeitsrechts</i>	111
3.3.3.2.4 Grenzen durch die allgemeine Handlungsfreiheit und Pflichtmitgliedschaft	118
3.3.3.2.5 Grenzen durch die Kammergesetze und das Kontrollrecht der Rechnungshöfe	120
3.3.3.2.6 Weitere Grenzen: Rechtsdienstleistungsgesetz, Steuerberatungsgesetz, Insolvenzordnung	127
3.3.3.3 Zusammenfassung	130
3.3.4 <i>Rechtsschutzmöglichkeiten bei fehlerhaften Bewertungen</i>	134
3.3.4.1 Mängelgewährleistungsansprüche wegen fehlerhafter Bewertung	134
3.3.4.2 Amtshaftungsrechtliche Aspekte der Bewertungsberatung durch Betriebsberater	136
3.3.4.2.1 Amtshaftung einer Handwerkskammer wegen Falschbewertung	137
3.3.4.2.2 Betriebsberater als Beamter im amtshaftungsrechtlichen Sinn	140
3.3.4.2.3 Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes	140
3.3.4.2.4 Verletzung einer Amtspflicht	141
3.3.4.2.5 Einschlägige Amtspflichten im Einzelnen	142
3.3.4.2.5.1 <i>Die Amtspflichten zu rechtmäßigem und verhältnismäßigem Handeln</i>	143
3.3.4.2.5.2 <i>Pflicht zur abschließenden und korrekten Sachverhaltsermittlung</i>	144
3.3.4.2.5.3 <i>Keine Bindung an Einschätzungen der Beteiligten</i>	146
3.3.4.2.5.4 <i>Amtspflicht zur Erteilung von richtigen Auskünften und zur korrekten Beratung</i>	148
3.3.4.3 Der verwaltungsrechtliche Rechtsschutz gegen fehlerhafte Realakte	151
3.3.4.4 Zusammenfassung	153
3.4. DIE FINANZIERUNG DER MITGLIEDERBERATUNG	155
3.4.1 <i>Die beitragsgestützte Primärfinanzierung gem. § 113 HwO</i>	155
3.4.2 <i>Haushaltsrechtliche Zuwendungen als ergänzendes Finanzierungsinstrument</i>	159
3.4.2.1 Gesetzliche Zuwendungsregelungen	160
3.4.2.2 Verwaltungsvorschriften	163
3.4.2.3 Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen	163

3.4.2.4	Besondere Verwaltungsvorschriften (Förderrichtlinien)	165
3.4.2.5	Handwerkskammern als Zuwendungsempfänger	166
3.4.2.6	Der Zweck öffentlich-rechtlicher Finanzzuwendungen	166
3.4.2.7	Formen der Förderfinanzierung	167
3.4.2.8	Notwendigkeit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von Zuwendungen als Planungsinstrument und Erfolgskontrolle	168
3.4.3	<i>Beraterfinanzierung mittels Richtlinie zur Förderung der Beratung von Handwerksunternehmen durch Kammern und Fachverbände</i>	169
3.4.3.1	Die wirtschaftspolitische Begründung der Beratungsförderung	169
3.4.3.2	Förderfähige Beratungsinhalte	171
3.4.3.3	Von der Förderung ausgeschlossene Beratungsinhalte	174
3.4.4	<i>Die Rahmenrichtlinie über die Förderung unternehmerischen Know-hows</i>	176
3.4.5	<i>Förderung der Betriebsberatungsstellen auf Landesebene</i>	178
3.4.6	<i>Zusammenfassung</i>	178
3.5	STRAFRECHTLICHE ASPEKTE IM ZUSAMMENHANG MIT ÖFFENTLICHEN ZUWENDUNGEN	180
3.5.1	<i>Einleitung</i>	180
3.5.2	<i>Betrug durch Tagewerke-Täuschung</i>	183
3.5.3	<i>Subventionsbetrug</i>	185
3.5.4	<i>Beihilfe und Anstiftung, insbesondere zur Insolvenzverschleppung</i>	189
3.5.5	<i>Zusammenfassung</i>	190
3.6	MÖGLICHE STEUERRECHTLICHE KONSEQUENZEN FÜR DIE MITGLIEDERBERATUNG	191
3.6.1	<i>Das Merkmal „hoheitlich“ im Steuerrecht</i>	191
3.6.2	<i>Der Betrieb gewerblicher Art</i>	195
3.6.3	<i>Die Umsatzsteuerpflicht behördlicher Leistungen</i>	201
3.6.3.1	Die Neuregelung in § 2b UStG	201
3.6.3.2	Kriterium der nachhaltigen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen	207
3.6.3.2.1	Mitgliedsbeiträge als Einnahmen	208
3.6.3.2.2	Zuwendungen als Einnahmen	210
3.6.4	<i>Zusammenfassung</i>	212
4	FAZIT UND AUSBLICK	217
4.1	FAZIT	217
4.2	AUSBLICK	223
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS		225
BÜCHER, BEITRÄGE U.A.		225
SONSTIGE QUELLEN		238
INTERNETQUELLEN		239

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht; anderer Auffassung
Abb.	Abbildung
Abl.	Amtsblatt
a. e. c.	argumentum e contrario (lat., im Umkehrschluss)
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AWH	Arbeitskreis der Wert ermittelnden Betriebsberater im Handwerk
Az.	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAnz	Bundesanzeiger
BauR	Baurecht - Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblatt
BayVerfGH	Bayerische Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebsberater (<i>Zeitschrift</i>)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling (<i>Zeitschrift</i>)
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck'sche Rechtsprechungssammlung (<i>Datenbank</i>)
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Bundesfinanzhof, Sammlung nicht veröffentlichter Rechtsprechung
BFuP	Betriebliche Forschung und Praxis (<i>Zeitschrift</i>)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshof in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshof in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BR-Drs.	Bundesrat-Drucksache
BRH	Bundesrechnungshof
BStBl.	Bundesteuerblatt
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BW-VBl.	Verwaltungsblatt Baden-Württemberg

bzgl.	bezüglich
DB	Der Betrieb (<i>Zeitschrift</i>)
DCF	Discounted Cashflow
ders.	Derselbe
DHKT	Deutscher Handwerkskammertag
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (<i>Zeitschrift</i>)
DS	Der Sachverständige (<i>Zeitschrift</i>)
DStR	Deutsches Steuerrecht (<i>Zeitschrift</i>)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung (<i>Zeitschrift</i>)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (<i>Zeitschrift</i>)
ebd.	Ebenda
e.g.	Exempli gratia (lat., zum Beispiel)
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ErbStR	Erbschaftsteuerrichtlinien
EStG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWiR	Europäisches Wirtschaftsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
f.	folgende/r
F. A. Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung (<i>Tageszeitung</i>)
ff.	Fortfolgende
FinMin	Finanzministerium
Fn.	Fußnote/n
FN-IDW	Fachnachrichten des IDW (<i>Zeitschrift</i>)
GewA	Gewerbearchiv (<i>Zeitschrift</i>)
GmbHR	GmbH-Rundschau (<i>Zeitschrift</i>)
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert (<i>Zeitschrift</i>)
GVBl.	Gesetzes- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber/in
Hs.	Halbsatz
Hwk	Handwerkskammer
HwO	Handwerksordnung
i.d.F.	in der Fassung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
i.e.	id est (lat., das heißt)
IFH	Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen
IfM	Institut für Mittelstandsforschung

IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
i.H.v.	in Höhe von
ImmoWertV	Immobilienwertermittlungsverordnung
insb.	Insbesondere
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung
JuS	Juristische Schulung (<i>Zeitschrift</i>)
KfzTechMstrV	Kraftfahrzeugtechnikermeisterverordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStH	Körperschaftsteuer-Hinweise
KStR	Körperschaftsteuerrichtlinie
Lfg.	Lieferung
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	litera (lat., Buchstabe)
Ls.	Leitsatz
LSK	Leitsatzkartei des deutschen Rechts
lt.	Laut
M.B.	Michael Burg
MDR	Monatsschrift des Deutschen Rechts (<i>Zeitschrift</i>)
MeistPrAnfV	Verordnung über gemeinsame Anforderungen in der Meisterprüfung im Handwerk und in handwerksähnlichen Gewerben
MPVO	Meisterprüfungsverordnung
m.w.N.	mit weiterer Nennung/mit weiteren Nennungen
MwStSystRL	Mehrwertsteuer-System-Richtlinie
MüKo	Münchener Kommentar, entweder zum BGB, InsO oder StGB
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (<i>Zeitschrift</i>)
Nr./Nrn.	Nummer/n
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe (<i>Loseblattsammlung</i>)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Rechtsprechungs-Report
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Entscheidungssammlung des Reichsfinanzhofs
Rn.	Randnummer/n
RL	Richtlinie
RStBl.	Reichssteuerblatt
Rz.	Randziffer/n
s.	Siehe
S.	Seite/n
sog.	sogenannte/r

Thür.	Thüringen
Tz.	Textziffer
UGP-RL	Richtlinien gegen den unlauteren Wettbewerb
UR	Umsatzsteuer-Rundschau (<i>Zeitschrift</i>)
UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass
UStG	Umsatzsteuergesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
vgl.	vergleiche/n
VersR	Versicherungsrecht (<i>Zeitschrift</i>)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VV	Verwaltungsvorschrift/en (zur BHO/LHO)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (<i>Zeitschrift, Vierteljahresbeilage zu GewA</i>)
WM	Wertpapier Mitteilungen, Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (<i>Zeitschrift</i>)
Wpg	Die Wirtschaftsprüfung (<i>Zeitschrift</i>)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (<i>Zeitschrift</i>)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung (<i>Zeitschrift</i>)
ZDH	Zentralverband des deutschen Handwerks
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis (<i>Zeitschrift</i>)
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (<i>Zeitschrift</i>)
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht (<i>Zeitschrift</i>)
Ziff.	Ziffer/n
zul.	zuletzt